

Niederschrift Nummer UKS/12/006

Gremium	Sitzung am
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	16.02.2022

Sitzungsort	Sitzungsdauer
Ratssaal des Ratstraktes	17:00 - 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Thomas Grziwotz

Schriefführer: Norman Raupach

Teilnehmer	Funktion
------------	----------

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Frau Martina Eickhoff	ordentl. Mitglied
Frau Sandra Hagen	ordentl. Mitglied
Herr Andréé Haut	ordentl. Mitglied
Herr Dennis Riller	ordentl. Mitglied
Frau Susanne Turk	stv. Mitglied
Frau Manuela Veit	ordentl. Mitglied
Frau Sabrina Wernau	ordentl. Mitglied

Christlich Demokratische Union

Frau Susanne Eisenhuth	ordentl. Mitglied	
Herr Pascal Gansen	ordentl. Mitglied	
Herr Stefan Rennhak	ordentl. Mitglied	
Herr Martin Strunk	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Glienke, Alexander
Herr Stephan Wehmeier		Ratsmitglied für ordentl. Mitglied Pufke, Marco Morten und stv.

Mitglied Heinzl, Thomas

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Thomas Grziwotz	Vorsitzender	
Frau Barbara Kestermann	ordentl. Mitglied	
Frau Lucie Kleinstäuber	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Brückner, Harald

BergAUF

Herr Werner Engelhardt	ordentl. Mitglied
------------------------	-------------------

DIE LINKE.

Frau Nicole Schröder-Bungard	ber. Mitglied
------------------------------	---------------

Gäste

Herr Till Peters	stv. ber. Mitglied
Herr Thomas Pöhlker	energielenker projects GmbH - Geschäftsführung

Von der Verwaltung nehmen teil

Herr Bernd Schäfer	Bürgermeister
Herr Thomas Reichling	Amtsleitung Stadtplanung, Klimaschutz, Straßen und Grünflächen
Herr Norman Raupach	Projektmanager Klima und Umwelt - Schriftführer

Entschuldigt fehlen

Herr Harald Brückner	ordentl. Mitglied
Herr Alexander Glienke	ordentl. Mitglied
Herr Thomas Heinzl	stv. Mitglied
Herr Stefan Heßler	ordentl. Mitglied
Herr Sebastian Knuhr	stv. Mitglied
Herr Marco Morten Pufke	stv. Vorsitzender

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Neubau des Wertstoffhofs der GWA am Haldenweg hier: Vorstellung durch die GWA - Mündlicher Bericht -	12/0531
2	Zeitplan zur Umsetzung des IKK hier: Vorstellung aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen - Mündlicher Bericht -	12/0532
3	Überarbeitung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes hier: Vorstellung aktueller Sachstand und weitere Vorgehensweise durch das Fachbüro "energielenker projects GmbH" - Mündlicher Bericht -	12/0533
4	Erfahrungen zur "Checkliste Klimaschutz und Klimaanpassung" zur Bewertung städtebaulicher Projekte hier: Anwendung am Beispiel des Bauleitplanverfahrens OA 125 - Mündlicher Bericht -	12/0534
5	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2021 hier: Maßnahmen zur Erfassung von Flächenpotentialen zur Entsiegelung und zur schrittweisen Entsiegelung von Flächen in Bergkamen - Mündlicher Bericht -	12/0535
6	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.01.2022 zur Erstellung eines Grün- und Freiflächenkonzepts für das Stadtgebiet Bergkamen	12/0540
7	Einführung eines Förderprogramms der Stadt Bergkamen zur Unterstützung der Anlegung eines "Gründachs"	12/0536
8	Einführung eines Förderprogramms der Stadt Bergkamen zur Unterstützung privater Haushalte beim Rückbau von „Schottergärten“ und versiegelten Vorgartenflächen zu naturnah angelegten und bepflanzten Vorgärten	12/0537
9	Einwohnerfragestunde	
10	Anfragen und Mitteilungen	

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

Öffentlicher Teil:

Tagesordnungspunkt 1:

Neubau des Wertstoffhofs der GWA am Haldenweg

hier: Vorstellung durch die GWA

- Mündlicher Bericht -

Vorlage: 12/0531

Der Vorsitzende teilt mit, dass aufgrund von Terminüberschneidungen der vorgesehene Referent der GWA kurzfristig nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Aus diesem Grund kann dieser Tagesordnungspunkt nicht wie geplant durchgeführt und soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 2:

Zeitplan zur Umsetzung des IKK

hier: Vorstellung aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen

- Mündlicher Bericht -

Vorlage: 12/0532

Herr Raupach berichtet über den aktuellen Sachstand und das weitere Vorgehen zur Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKK). Anhand einer Präsentation des Zeitplans zur Durchführung der 27 Maßnahmen des IKK (Drucksache Nr. 11/1998) werden Inhalte und aktueller Umsetzungsstand mehrerer Maßnahmen erläutert. Vor dem Hintergrund zahlreicher bereits umgesetzter bzw. in Umsetzung befindlicher Maßnahmen zieht der Projektmanager Klima und Umwelt ein grundsätzlich positives Fazit in Bezug auf die Durchführung des Maßnahmenkatalogs. Er betont jedoch auch, dass aufgrund der modifizierten Klimaschutzziele und des daraufhin zukünftig angepassten Klimaschutzkonzeptes die finanziellen und personellen Anstrengungen zum kommunalen Klimaschutz voraussichtlich deutlich erhöht werden müssen.

Herr Grziwotz bittet darum die Präsentation dem Protokoll anzuhängen.

Herr Wehmeier bittet die Verwaltung darum zukünftig vermehrt Vorlagen zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten anzufertigen und somit den Fraktionen ausreichend Informationen bereits im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung zu stellen. Nur so könnten die Fraktionen gewährleisten, sich adäquat auf die Tagesordnungspunkte vorzubereiten und ein fundiertes Meinungsbild zu erarbeiten.

Frau Kestermann fragt wie es dazu kommen kann, dass einige Maßnahmen nicht gemäß des vorgestellten Zeitplans umgesetzt werden konnten.

- Der Bürgermeister erklärt, dass trotz der kurzfristig vakant gewordenen Stelle im Klimaschutzmanagement die Stadtverwaltung ihrer Verantwortung zum kommunalen

Klimaschutz weiterhin gerecht wird und vorgesehene Maßnahmen umgesetzt werden.

Frau Schröder-Bungard fragt nach der Kooperation mit anderen Kommunen in Bezug auf ein interkommunales Car-Sharing-Angebot.

- Herr Raupach führt dazu aus, dass bereits unterschiedliche Angebote von Betreibern eines Car-Sharing-Systems geprüft werden. Hierzu steht die Kommune u.a. mit der Stadt Kamen in Kontakt, um einen steten Austausch zu Möglichkeiten einer aufeinander abgestimmten Entwicklung zu führen. Auf diesem Wege konnten bereits erfolgreich Fahrradreparaturstationen aufgestellt werden.

Herr Riller regt an, dass zukünftig ein Bewertungssystem erstellt werden soll, welches den tatsächlichen und jeweiligen Erfolg einer umgesetzten Klimaschutzmaßnahme darstellt und verweist damit auf die anstehende Einführung eines Controlling-Systems im Klimaschutzmanagement. Auf diesem Weg können die politischen Vertreter den Erfolg des kommunalen Klimaschutzes besser bewerten.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 3:

Überarbeitung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes

hier: Vorstellung aktueller Sachstand und weitere Vorgehensweise durch das Fachbüro "energielenker projects GmbH"

- Mündlicher Bericht -

Vorlage: 12/0533

Als Geschäftsführer des beauftragten Ingenieurbüros „energielenker“ berichtet Herr Pöhlker anhand der beiliegenden Präsentation über Anlass, Inhalt, Umfang und Zeitplanung zur Überarbeitung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKK).

Herr Grziwotz bittet um eine Bestätigung der Zielsetzung zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen (THG) um 70 % bis zum Jahr 2030 und die Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2040. Darüber hinaus bittet er Herr Pöhlker um eine ergänzende Skizzierung der Zeitplanung zur Überarbeitung des IKK.

- Herr Pöhlker bestätigt die von Herrn Grziwotz genannte Zielsetzung als klare Aufgabenstellung der Stadtverwaltung an sein Fachbüro. Die zeitliche Umsetzung der Überarbeitung sieht vor, dass zu Beginn des 2. Quartals eine aktuelle THG-Bilanz sowie eine Potenzialanalyse zur Einsparung von THG-Emissionen vorliegen. Im Mai/Juni soll die Beteiligung der Akteure aus Wirtschaft und Politik stattfinden, welche einen erheblichen Einfluss auf den THG-Ausstoß im Stadtgebiet nehmen können. Vor diesem Hintergrund soll dann innerhalb der Sommerpause die Überarbeitung des IKK soweit fortgeschritten sein, dass unmittelbar nach der Sommerpause auch die Öffentlichkeit in einem abschließenden Schritt angemessen beteiligt werden kann.

Frau Kestermann fragt, ob im Anschluss an die Überarbeitung des IKK der Erfolg der daraus resultierenden Maßnahmen anhand ihrer THG einsparenden Wirkung gemessen werden kann.

Herr Pöhlker betont, dass nicht für jede einzelne Maßnahme ein exakter Wert zur erreichten THG-Einsparung erhoben werden kann. Für jede Maßnahme, die jedoch eine quantifizierbare THG-Einsparung bewirkt, wird ein entsprechender Wert hinterlegt, welcher letztendlich auch durch ein entsprechendes Controlling dargestellt werden soll. Hier spielt insbesondere die vorgelagerte Potentialanalyse eine übergeordnete Rolle. Diese wird bereits im Vorfeld der Umsetzung des Maßnahmenkatalogs erkennbar machen, in welchen Sektoren die THG-Reduzierung fokussiert werden muss, um in Summe quantitativ die besten Ergebnisse zu zielen. Aus diesem Grund ist die tatsächliche THG-Einsparung nicht für jede Maßnahme gänzlich messbar, sondern erst mit der Umsetzung mehrerer Maßnahmen können sich positive Aspekte in einer neuen THG-Bilanz niederschlagen.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 4:

Erfahrungen zur "Checkliste Klimaschutz und Klimaanpassung" zur Bewertung städtebaulicher Projekte

hier: Anwendung am Beispiel des Bauleitplanverfahrens OA 125

- Mündlicher Bericht -

Vorlage: 12/0534

Herr Reichling stellt anhand einer Präsentation die Anwendung der Bergkamener „Checkliste Klimaschutz und Klimaanpassung“ am Beispiel des Bebauungsplanverfahrens „OA 125 Jahnstraße / Hermann-Stehr-Straße“ vor. Die zusammenfassende Bewertung des Gesamtprojekts kommt zu dem Schluss, dass das Bauleitplanverfahren u.a. zur Unterstützung der Solarenergienutzung, Reduzierung der Flächenversiegelung und Verbesserung des Mikroklimas im zukünftigen Baugebiet beigetragen hat. Dem Klimaschutz werde im B-Plan Nr. OA 125 ausreichend Rechnung getragen.

Auf Nachfrage von Frau Schröder-Bungard erklärt Herr Reichling, dass dem Planungsamt auf Grundlage des Baugesetzbuches kein Instrument zur Verfügung steht, um eine Verpflichtung zur Installation von PV-Anlagen im Bebauungsplan zu verankern. Jedoch wird im Rahmen von Bauberatungsgesprächen den jeweiligen Bauherren die Nutzung von Solarenergie empfohlen.

Frau Kestermann fragt, warum man seitens der Stadtverwaltung den politischen Fraktionen ein Bauleitplanverfahren gemäß des §13a BauGB empfohlen hat, obwohl die Belange des Klima- und Umweltschutzes hier nicht mehr umfassend geprüft werden müssen.

- Herr Reichling erklärt, dass der §13a eingeführt wurde, um die Innenentwicklung zu bevorzugen gegenüber der Neuinanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich. Wenn ein Plangebiet entsprechende Voraussetzungen erfüllt, dann kann man u.a. von einer zweistufigen Bürgerbeteiligung absehen. Jedoch müssen auch im Rahmen eines „§13a-Verfahrens“ die Umweltbelange berücksichtigt werden, allerdings ohne dabei einen separaten Umweltbericht aufzusetzen oder ggf. Kompensationsmaßnahme auf anderen Flächen durchzuführen zu müssen. Sobald

aber sich Ansatzpunkte ergeben, dass Umweltbelange in einem besonderem Maß tangiert werden, gilt es natürlich auch hier tiefergehende Untersuchungen anzustellen. Ein „§13a-Verfahren“ ist für den Investor somit mit weniger Aufwand verbunden als das Standardverfahren, sodass letztlich die Grundstücke zu einem geringeren Preis an die privaten Käufer vermarktet werden können.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 5:

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2021
hier: Maßnahmen zur Erfassung von Flächenpotentialen zur Entsiegelung und zur schrittweisen Entsiegelung von Flächen in Bergkamen
- Mündlicher Bericht -
Vorlage: 12/0535**

Mit Bezugnahme auf den Antrag „Maßnahmen zur Erfassung von Flächenpotentialen zur Entsiegelung und zur schrittweisen Entsiegelung von Flächen in Bergkamen“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2021 erläutert und begründet Frau Kestermann die Inhalte des Antrags. Sie erklärt darüber hinaus, dass ihre Fraktion die Inhalte des Antrags beinahe vollständig im Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion wiederfindet und somit vorschlägt direkt über diesen ergänzenden Antrag der SPD-Fraktion abzustimmen.

Zusätzlich gibt Frau Kestermann jedoch folgende Anmerkungen zu Protokoll:
„Wir fordern die Verwaltung auf, im Rahmen der Bearbeitung des Antrags aufzuzeigen, welche Flächen innerhalb der nächsten zwei Jahre konkret entsiegelt werden sollen.“

Herr Riller begründet die Einreichung des Ergänzungsantrags mit der Feststellung, dass im IKK die Flächenentsiegelung nicht explizit als Handlungsfeld benannt ist. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die SPD-Fraktion die Thematik zusätzlich in den Fokus zu rücken. Damit eine reibungslose Integration von Flächenversiegelungsmaßnahmen in die Umsetzung des IKK gelingen kann, hat die SPD-Fraktion den zeitlichen Umsetzungshorizont nicht mit in ihren Antrag aufgenommen.

Herr Wehmeier kritisiert, dass sich in den vergangenen Monaten Anträge anderer Fraktionen mehren, welche häufig nochmal auf die bereits beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen aufsatteln, bevor diese überhaupt umgesetzt wurden. Darüber hinaus erachtet es die CDU-Fraktion als selbstverständlich, dass die Verwaltung einen Kenntnisstand über ihre eigenen Flächen und deren Entsiegelungspotenzial besitzt.

Herr Reichling erklärt, dass es sinnvoll sei, zusätzlich zu der Entsiegelungspotenzialanalyse zu untersuchen, ob räumliche, klimatische, nutzungsbezogene oder finanzielle Aspekte ebenfalls in die Priorisierung zu entsiegelnder Flächen einfließen sollten.

Herr Grziwotz erklärt, dass der von der SPD-Fraktion zur Abstimmung stehende Antrag so zu verstehen sei, dass die Verwaltung eine entsprechende zeitliche Abfolge zur Entsiegelung der unterschiedlichen Flächen definieren soll.

Herr Riller unterstützt und bestätigt als Sprecher der antragstellenden Fraktion die Ausführungen von Herrn Reichling und Herrn Grziwotz.

Herr Engelhardt teilt mit, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmt und kritisiert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihrer Zustimmung für Aufstellungsschlüsse von Bauleitplanverfahren für Baugebiete in der jüngeren Vergangenheit, welche zu einer massiven Flächenversiegelung geführt hätten.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussfassung:

Die SPD-Fraktion beantragt im Ausschuss für Klima- und Umweltschutz am 16.02.2022 und im Rat der Stadt Bergkamen am 17.02.2022 zu beraten und zu beschließen, dass die Versiegelung von Flächen im gesamten Bergkamener Stadtgebiet analysiert und Flächenpotentiale zur Entsiegelung dargestellt werden.

- Des Weiteren entwickelt die Stadtverwaltung auf der Grundlage dieser Analyse, ein Konzept zur Entsiegelung von Potentialflächen, welche mit einem möglichen Umsetzungszeitraum dargestellt werden.
- Auf Grundlage der Potentialanalyse sollen andere Flächeneigentümer informiert und beraten werden, um ebenfalls Flächen zu entsiegeln.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt
Ja 10 Nein 6

Tagesordnungspunkt 6:

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.01.2022 zur Erstellung eines Grün- und Freiflächenkonzepts für das Stadtgebiet Bergkamen
Vorlage: 12/0540

Frau Kestermann verzichtet darauf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nochmals tiefgreifend zu erläutern und kritisiert den derzeitigen Umsetzungsstand zur Entwicklung eines Grün- und Freiflächenkonzeptes durch die Stadtverwaltung. Darüber hinaus stellt sie fest, dass bereits von der Verwaltung aufgeführte Instrumente zum Schutz von wertvollen Freiflächen keine ausreichende Wirkung entfalten, und deshalb sämtliche Grün- und Freiflächen in einem entsprechenden Konzept berücksichtigt werden sollen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftrag, kurzfristig / innerhalb eines halben Jahres ein Grün- und Freiflächenkonzept für das Stadtgebiet zu erstellen.

Bestandteile dieses Grün- und Freiflächenkonzeptes sollen u.a. folgende Sachverhalte sein:

- Bestandsaufnahme der vorhandenen Grün- und Freiflächen einschließlich der ökologischen Wertigkeit

- Bedeutung der einzelnen Flächen für das Stadtklima, insbesondere auch der Grünflächen innerhalb von Wohngebieten
- Entwicklungspotenziale einzelner Flächen zur Erreichung der Klimaziele und zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels
- (rechtliche) Möglichkeiten zur Sicherstellung der noch vorhandenen Grün- und Freiflächen
- Maßnahmenempfehlungen zur Verbesserung des Biotopverbundes – auch über das Stadtgebiet hinaus
- Überprüfung städtischer Flächen hinsichtlich einer sinnvollen Umwandlung in Grünflächen zur Verbesserung des Stadtklima oder des Biotopsverbunds

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Ja 3 Nein 12 Enthaltung 1

Tagesordnungspunkt 7:

Einführung eines Förderprogramms der Stadt Bergkamen zur Unterstützung der Anlegung eines "Gründachs"

Vorlage: 12/0536

Herr Wehmeier erklärt, dass seitens der KfW-Bank bereits ähnliche Förderprogramme existieren und somit kein Bedarf eines kommunalen Förderprogramms zur Begrünung von Dachflächen besteht. Darüber hinaus kritisiert er, dass nur Maßnahmen gefördert werden, welche von entsprechenden Fachfirmen und nicht in Eigenregie des Eigentümers durchgeführt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt die Förderrichtlinie zur Anlegung eines Gründachs i.S.d. Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt
Ja 10 Nein 5 Enthaltung 1

Tagesordnungspunkt 8:

Einführung eines Förderprogramms der Stadt Bergkamen zur Unterstützung privater Haushalte beim Rückbau von „Schottergärten“ und versiegelten Vorgartenflächen zu naturnah angelegten und bepflanzten Vorgärten

Vorlage: 12/0537

Herr Wehmeier kritisiert, dass die gesamte Förderrichtlinie in Bezug auf ihre Ausgestaltung und Wirkung zu kurz greift und deshalb die hierfür verwendeten Mittel alternativ eingesetzt werden sollten. Deshalb wird die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage der Stadtverwaltung nicht zustimmen.

Herr Engelhardt erklärt, dass seine Fraktion die Richtlinie ebenfalls nicht für zielführend erachtet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt die Förderrichtlinie zur Entsiegelung und zum Rückbau von „Schottergärten“ und versiegelten Vorgartenflächen i.S.d. Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt
Ja 10 Nein 6

Tagesordnungspunkt 9:

Einwohnerfragestunde

Herr Worch fragt, ob die Zielsetzungen zur THG-Reduzierung im Rahmen der Überarbeitung des IKK auf das Bezugsjahr 1990 oder 2016 ausgerichtet sind.

Herr Reichling erklärt, dass das Jahr 2016 gem. des politischen Beschlusses als Grundlage herangezogen wird.

Tagesordnungspunkt 10:

Anfragen und Mitteilungen

Seitens der Stadtverwaltung wurden keine Mitteilungen vorgetragen.

Herr Wehmeier fragt an, ob die Verwaltungen einen kurzen Sachstand zum Neubau des GWA-Wertstoffhofes mitteilen kann.

Herr Reichling erläutert, dass bereits vor einigen Jahren die Politik und Stadtverwaltung gemeinsam das Ziel eines neuen Standorts des Wertstoffhofes (auf dem derzeitigen Parkplatz am Haldenweg) formuliert haben. Aufgrund eines gerichtlichen Verfahrens hat sich die Umsetzung dieses Vorhaben jedoch verzögert. Nach Beendigung dieses Verfahren hat die Stadtverwaltung erneut Kontakt zur GWA aufgenommen, um das Vorhaben der Umsiedlung des Wertstoffhofes wieder voranzutreiben.

Anlässlich einer notwendigen Zustimmung des Rates zu dem Grundstücksverkauf an die GWA sollte heute das gesamte Konzept des neuen Wertstoffhofes vorgestellt werden. Diese Präsentation seitens der GWA soll baldmöglichst nachgeholt werden. Die Stadt Bergkamen bewertet die Planungen der GWA insgesamt positiv und erwartet eine deutlich erhöhte Nutzerfreundlichkeit.

Thomas Grziwotz
Vorsitzender

Norman Raupach
Schriftführer